AKTUELLES
aus dem Landtag

CDU

Dr. Frank Schmädeke MdL

Das waren unsere Landtagsthemen im Februar 2024

- **Hochwasser**

Der Schutz von Menschen ist oberste Priorität

- **Verschleppt, verzögert, zerstritten?**

CDU fordert sofortiges konsequentes Wolfsmanagement

- **Bessere Bildungspolitik statt rot-grünes Zaudern**

Kultusministerin muss endlich handeln

- **Aktiv für den Wahlkreis**

Treffen mit Sönke Schierloh am Rande des Plenums

- **Landesregierung räumt Verfassungsbruch ein**

Täuschungsmanöver der Landesregierung

- **Verbesserte Pflegeausbildung**

Attraktivität steigern und Hemmnisse beseitigen

Dr. Frank Schmädeke MdL
Mitglied des
Niedersächsischen Landtags
Hannah-Arendt-Platz 1
30159 Hannover

LANDTAG NIEDERSACHSEN

kontakt@frank-schmaedeke.de
0170 22 08 756
www.frank-schmaedeke.de

Hochwasser- Regierungsantrag ist zu unkonkret und nicht zu Ende gedacht

Am dritten Plenartag wurde der Hochwasser-Antrag der regierungstragenden Fraktionen zur ersten Beratung vorgelegt.
Der Antrag enthält viele grundsätzliche Forderungen, die fachlich in die richtige Richtung weisen. Allerdings mangelt es an konkreten Handlungsanweisungen, und die Formulierungen sind eher allgemein gehalten.

In meiner Rede forderte ich, **das Wohl und die Sicherheit der Menschen in den Mittelpunkt zu stellen und den Bevölkerungsschutz vor andere Ziele wie Natur- oder Denkmalschutz zu stellen.**

Viele Hochwasserschutzmaßnahmen in Niedersachsen werden nicht rechtzeitig umgesetzt und der vorgelegte **Antrag enthält keine klaren Vorgaben für die sofortige Umsetzung der Maßnahmen.**

Wir fordern die **Sanierung von Deichen, Nutria-Bejagung, Unterstützung der Deichschäferei, Einführung eines ordentlichen Wolfsmanagements und die Stärkung der Rückhaltesysteme und Retentionsflächen**. Darüber hinaus brauchen wir **zusätzlichen Retentionsflächen** und die Entwicklung fairer **Ausgleichsmodelle** für die Nutzung landwirtschaftlicher und forstwirtschaftlicher Flächen für den Wasserrückhalt. Der Schutz der Bevölkerung vor Hochwasser hat Priorität und braucht konkrete, umsetzbare Lösungen, um die Sicherheit der Menschen zu gewährleisten und **zukünftige Katastrophen zu verhindern.**

Die **Verfügbarkeit von zusätzlichen Flächen für den Deichbau** stellt eine Herausforderung dar, insbesondere angesichts der **gleichzeitigen Anforderungen an Flächen für Ausgleich und Ersatz.** Die erschweren den Deichbau und machen ihn in einigen Fällen sogar unmöglich.

Um den Bevölkerungsschutz zu priorisieren, schlagen wir darum vor, die Umsetzung von Ausgleich- und Ersatzmaßnahmen zu verzögern oder ganz darauf zu verzichten. Dann können die dringend benötigten Deichbauarbeiten sofort umgesetzt und der Bevölkerungsschutz verbessert werden.

Ein solcher pragmatischer Ansatz muss notwendige Ergänzung zum aktuellen Antrag sein.
Wir müssen beim Hochwasserschutz über gute Absichten hinauszugehen und konkrete, wirksame Maßnahmen ergreifen. Und konstruktive Diskussionen im Fachausschuss führen, um den vor-gelegte Antrag bis zum Ende der Beratungen zu schärfen und zu konkretisieren, um effektive Lösungen für den Hochwasserschutz und den Deichbau in Niedersachsen zu gewährleisten.

Ich konnte meine Rede auch dazu nutzen mich noch einmal bei den vielen tausend Helfenden zu bedanken, deren selbstloser Einsatz schlimmeres verhindern konnte.
Vielen Dank und toll, das Ihr da ward!

WOLFSMANAGEMENT

- CDU fordert sofortiges konsequentes Wolfsmanagement

Die CDU-Fraktion ist besorgt über die anhaltende Verzögerungstaktik der Landesregierung bei den großen Linien des Wolfsmanagements.

„Es ist unerlässlich, dass bei den immer weiter zunehmenden Wolfsübergriffen gehandelt und ein Wolfsmanagement eingeführt wird, das seinen Namen verdient“, sagt die umweltpolitische Sprecherin der CDU- Fraktion **Verena Kämmerling**. Auch nach den Vorgaben des Bundesamtes für Naturschutz für die Zahl notwendiger Rudel zur Feststellung des günstigen Erhaltungszustandes ist dieser in Niedersachsen lange gegeben, aktuell sind es schon **rund 50 Rudel.** „Deshalb ist ein regional differenzierter Ansatz von entscheidender Bedeutung, um den spezifischen Gegebenheiten vor Ort gerecht zu werden“, so Kämmerling weiter.

Auf der Ministerpräsidentenkonferenz am 6. September 2023 hat Ministerpräsident Weil den Vorstoß nach einem strikteren Wolfsmanagement noch unterstützt – **umso enttäuschender ist es, dass Niedersachsen daraufhin im Bundesrat gegen den Antrag Bayerns gestimmt hat.**

Dieser hatte vorgesehen, alle Maßnahmen und Interpretationsräume auszuschöpfen, um **den Schutzstatus des Wolfes in Deutschland absenken** zu können und die Erklärung der Regierungschefs der Länder umzusetzen.

„Die Unstimmigkeiten zwischen SPD und Grünen in Niedersachsen lassen sich nicht mehr verbergen. Ebenso offensichtlich ist der fehlende Wille von Landwirtschaftsministerin Staudte sowie Umweltminister Meyer, nun endlich zum großen Wurf bei der Lösung der Wolfsproblematik auszuholen“, sagt der agrarpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Marco Mohrmann.

„Die CDU-Fraktion ruft die Landesregierung daher dazu auf, ihre Verzögerungstaktik sofort zu beenden und endlich entschlossene **Maßnahmen zum Schutz unserer Weidetiere** zu ergreifen. Das Ziel ist ein **regional differenziertes europarechtskonformes Wolfsbestandsmanagement.**

Wir brauchen eine Herabstufung des Schutzstatus‘ des Wolfes von ‚streng geschützt‘ auf ‚geschützt‘ sowie die Feststellung eines günstigen Erhaltungszustandes.

Die heute vorgestellten Regeln zum sogenannten Schnellabschuss sind eben kein regional differenziertes Bestandsmanagement und reichen nicht aus, das Problem zu lösen. Darüber hinaus erwarten wir als CDU-Fraktion auch eine **angemessene Finanzierung des präventiven Schutzes von Weidetieren sowie eine Anpassung der Höchstgrenze für Entschädigungen“,** so Mohrmann abschließend.

Verena Kämmerling
(CDU-Landesfraktion, umweltpolitische Sprecherin)
Dr. Marco Mohrmann
(CDU-Landesfraktion, agrarpolitischer Sprecher)

Bei der Demonstration der Landwirte vor dem Landtag machten auch zahlreiche **Weidetierhalter** deutlich, was sie vom Zögern der Landesregierung halten...

Bessere Bildungspolitik statt rot-grünes Zaudern

Kultusministerin muss endlich handeln

„Kultusministerin Julia Willie Hamburg muss endlich handeln und sich nicht länger in veralteten, grünen Bildungsthesen verfangen. Angesichts der drängenden Probleme im Bildungsbereich ist es unerlässlich, mutige Maßnahmen zu ergreifen und konkrete Verbesserungen herbeizuführen“,

erklärte der bildungspolitische Sprecher der CDU-Fraktion Christian Fühner. Insbesondere die jüngsten Aussagen von Ministerin Hamburg und ihren grünen Kollegen, die stolz eine vermeintliche Verbesserung der Unterrichtsversorgung verkündeten, sei angesichts der nach wie vor miserablen Lage zynisch. Die Politik der 1000 Schritte zeige keine wirkliche Wirkung, sondern bestehe lediglich aus dem Auflegen neuer Prozesse und Dialogformate.

„Unterrichtsausfall, hohe Krankenstände und Teilzeitbeschäftigungen sind an der Tagesordnung. Die vorgeschlagenen Lösungen wie der Ausbau multiprofessioneller Teams sind unzureichend und fehlerhaft. Es ist an der Zeit, die Bürokratie bei den Anerkennungsverfahren abzubauen und einen Stufenplan zur Schulsozialarbeit umzusetzen“.

In seinem Prüfbericht habe der Landesrechnungshof deutlich gemacht, wie viele Lehrkräfte durch administrative Tätigkeiten gebunden seien, die eigentlich anderen Fachkräften überlassen werden könnten.

„Dies zeigt, dass eine bessere Bildungspolitik machbar ist, wenn die Ressourcen effektiver eingesetzt würden. Ministerin Hamburg, muss endlich handeln und nicht länger auf der Stelle treten. Eine bessere Bildungspolitik ist möglich, wenn die Verantwortlichen entschlossen agieren und die drängenden Probleme anpacken“, so der Bildungsexperte.

Christian Fühner
(bildungspolitischer Sprecher
der CDU- Landtagsfraktion)

Auf dem kurzen Dienstweg

- Treffen mit Sönke Schierloh und Staatssekretär Frank Doods

Was lange währt, wird endlich gut.
Am Rande des Plenums konnte ich endlich das bereits zwei Mal verschobene Treffen mit Sönke Schierloh organisieren. Der rührige Unternehmer aus Bruchhausen-Vilsen konnte im Gespräch mit dem Staatssekretär und seinem Team einige Fragen klären, um seine innovativen Wasserstoffprojekte in unserer Region voranzubringen. Vielen Dank für die Geduld!

VERBESSERTE PFLEGEAUSBILDUNG

—Attraktivität steigern und Hemmnisse beseitigen

"In einer Zeit, in der der Bedarf an Pflegepersonal steigt, ist es entscheidend, die Ausbildung in der Pflege zu erleichtern und gleichzeitig sicherzustellen, dass sie den aktuellen Herausforderungen gerecht wird.

Unser Gesetzentwurf zielt darauf ab, die Pflegeausbildung in Niedersachsen zu verbessern und zu entschlacken. r Pflegekräfte ausbilden und die Attraktivität der Pflegeberufe steigern", so der er gesundheitspolitische Sprecher der hlacken. Wir müssen mehr Pflegekräfte ausbilden und die Attraktivität der Pflegeberufe steigern", so der er gesundheitspolitische Sprecher der CDU-Fraktion Volker Meyer.

Der Entwurf sieht vor, die Pflicht zu mindestens 280 Stunden allgemeinbildenden Unterricht während der Pflegeausbildung abzuschaffen. Dadurch soll den Pflegeschulen mehr Spielraum gegeben werden, um den Fokus verstärkt auf eine praxisorientierte Ausbildung zu legen. Zudem ist die Einführung eines eigenen Landesgesetzes zur Ausführung des Pflegeberufegesetzes vorgesehen, um detaillierte Regelungen zur Ausbildung zu ermöglichen.

"Unser Ziel ist es, Hemmnisse zu beseitigen, die Menschen davon abhalten, die Pflegeausbildung aufzunehmen oder erfolgreich abzuschließen", betont Meyer. "Wir wollen die Attraktivität der Pflegeberufe steigern und sicherstellen, dass die Ausbildung den aktuellen Anforderungen in der Pflege gerecht wird."

Volker Meyer
(gesundheitspolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion)

Landesregierung räumt Verfassungsbruch ein

Im Verfahren vor dem Niedersächsischen Staatsgerichtshof hat die Landesregierung zugegeben, dass die Antwort auf eine Kleine Anfrage zur Grundsteuerreform nicht ordnungsgemäß war, was einen Verfassungsbruch darstellt.

Der CDU-Abgeordnete Thiele, unterstützt von Jens Nacke, kritisiert die Landesregierung für mangelnde Verfassungstreue und hebt hervor, dass über 60% der erforderlichen Grundsteuererklärungen nicht fristgerecht abgegeben wurden. Er fordert die Landesregierung auf, gesetzliche Pflichten zu erfüllen und die Verfassung zu respektieren.

Die Landesregierung hat erst nach einer Klage eine Antwort vorgelegt, was die mangelnde Sorgfalt und zeitgerechte Bearbeitung von Anfragen offenbart.

CDU

Gefreut

habe ich mich im Februar über:

- den Besuch der Politikleistungskurse des Johann-Beckmann-Gymnasiums aus Hoya. Mein Kollege Christ (Bündnis 90/Grüne) und ich hatten eine sehr intensiver Diskussion mit den jungen Leuten.

- Gäste aus meiner Heimat. Mein Kreistagskollege Heinrich Kruse war mit eine großen Truppe bei mir im Landtag zu Besuch.

- bekannte Themen und Gesichter bei den lebhaften Demos in der Plenarwoche vor dem Landtag.

- und über die zwei gemeinsamen Wochen mit unserem Praktikanten Janus Rosenkranz, der mich fast immer begleiten konnte und ganz sicher viele Eindrücke gesammelt hat. Auch darüber, dass nicht immer pünktlich Feierabend ist.

Ukrainische Genralkonsulin sprach im Landtag

Im Februar jährt sich der Angriff Russlands auf die Ukraine zum zweiten Mal. Die von Russland als Manöver angekündigte militärische Operation hat weite Teile der Ostukraine zerstört und unzählige Menschenleben gekostet.

Im Landtag warnte die ukrainische Generalkonsulin Iryna Tybinka in einer Rede vor Gleichgültigkeit gegenüber dem Krieg in ihrem Land. “Wenn man sich von der Vorstellung täuschen lässt, dass Russlands Krieg einer von vielen ist, wird die Demokratie verlieren” .
.Landtagspräsidentin Hanna Naber (SPD) betonte, dass Niedersachsen weiterhin an der Seite der Ukraine stehe.
Der zweite Jahrestag der russischen Invasion ist ein bedeutsamer Moment, der uns daran erinnert, dass der Konflikt in der Ukraine weiterhin andauert und die internationale Gemeinschaft nicht gleichgültig bleiben darf. Die Zerstörung und das Leiden in der Ukraine dürfen nicht aus dem Blick geraten.
#standwithukraine

Dr. Frank Schmädeke MdL

LANDTAG NIEDERSACHSEN

Mitglied des
Niedersächsischen Landtags
Hannah-Arendt-Platz 1
30159 Hannover

kontakt@frank-schmaedeke.de
0170 22 08 756
www.frank-schmaedeke.de

Impressum

V.i.S.d.P:
Dr. Frank Schmädeke MdL
Eichenweg 6
31622 Heemsen

Bildnachweis:
Büro Schmädeke
Canva